

Ohne Angst in die Zukunft

DIGITALISIERUNG Debatte über die bevorstehende Herausforderung für den Arbeitsmarkt

Jennifer Muller

„Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist zurzeit Thema Nummer eins in der Wirtschaft sowie in der Politik“, sagt Beschäftigungsminister Nicolas Schmit. Er ist jedoch der Meinung, dass man den anstehenden Herausforderungen nicht mit Angst entgegentreten sollte.

Der Arbeitsmarkt wird in Zukunft mit neuen Herausforderungen konfrontiert sein. Ganz neu sind sie natürlich nicht, denn die Digitalisierung hat seit einiger Zeit Einzug in unseren Arbeitsalltag erhalten. In vielen Jobs und Betrieben läuft nichts mehr ohne technische Kenntnisse und digitale Hilfsmittel. In Zukunft wird diese Digitalisierung eine noch größere Rolle einnehmen.

Industrielle Revolution

Zu diesem Anlass fand gestern ein Kolloquium in der Handelskammer statt. Geladene Gäste waren unter anderem der Beschäftigungsminister Nicolas Schmit, Vertreter der Arbeitnehmerkammer, darunter André Roeltgen, sowie der deutsche Staatssekretär des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Thorben Albrecht.

Unter dem Motto „an der Schwelle der 4. industriellen Revolution“ debattierten die Gäste über die Herausforderungen für den Arbeitsmarkt. Im Fokus der Debatte standen vor allem drei Themen: die Qualifikation der Arbeitnehmer, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Schutz der Arbeitnehmer.



Foto: Isabella Finzi

Für die Experten des Kolloquiums spielen vor allem gute Qualifikationen eine wichtige Rolle

Nicolas Schmit meinte, dass die Digitalisierung sicherlich Gewinner- und Verliererbranchen mit sich bringe. Dennoch betonte er, dass es wichtig ist, nicht zu pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Für ihn steht fest, dass einige Berufe verloren gehen, jedoch ist er auch der Auffassung, dass sich durch die neuen Möglichkeiten auch Berufe entwickeln, die wir heute noch nicht kennen.

Um eine Idee zu erhalten, wie die Politik dieser Herausforderungen entgegentreten kann, wurde der Blick nach Deutschland gerichtet. Im Rahmen einer Studie wurden während zwei Jahren Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer

über die Digitalisierung und die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts befragt. In sogenannten „Praxislaboren“, an denen mehrere Unternehmen teilnehmen und wo diese dokumentieren, wie sie mit der Digitalisierung am Arbeitsplatz umgehen, soll analysiert werden, welche Arbeitsmodelle für die Zukunft möglich sind, erläuterte Thorben Albrecht in seinem Vortrag.

Ziel der Studie ist es, auf ihrer Grundlage legislative Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese sollen die immer weitergehende Flexibilisierung und die Verwischung zwischen Arbeitszeit und Privatleben klar regulieren. Denn

auch dieser Punkt stellt Arbeitgeber ebenso wie Arbeitnehmer vor eine große Herausforderung.

Diesbezüglich sehen vor allem die Sozialpartner ein Risiko, warf André Roeltgen ein. Er bestärkte die Aussage von Thorben Albrecht, dass es wichtig ist, die Entwicklung anhand von Studien zu beobachten. Schließlich liege aufgrund dieser Beobachtungen die Verantwortung bei der Politik und den Sozialpartnern, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit trotz fortschreitender Flexibilisierung die Arbeitnehmer sozial abgesichert sind, so Roeltgen weiter.

Resistenzmuseum, Gesundheit und Baulandvertrag

MINISTERRAT Gesetz Nr. 7024 wird geändert

Der Ministerrat nahm gestern u.a. Änderungen am umstrittenen Gesetzestext Nr. 7024 vor. Zweimal Gesundheit stand ebenfalls auf dem Programm. Darüber hinaus wurden der Baulandvertrag und die Erweiterung des Escher Resistenzmuseums behandelt.

Letztere war am 10. März im Escher Gemeinderat gutgeheißen worden, nun erledigte die Regierung ihren Teil der Arbeit. Das Museum am Escher Brillplatz wird renoviert und vergrößert, ein neues Museumskonzept wird erstellt. Umgesetzt wird dies von der „Fondation Musée national de la Résistance“, in welcher der Staat eines der Gründungsmitglieder sein wird. Die staatliche Beteiligung am Um- und Ausbau wird 4,555 Millionen Euro betragen, und der Staat wird ebenfalls die Hälfte der jährlichen Unterhaltskosten tragen (geschätzt 225.000 Euro).

Was das Thema Gesundheit angeht, so gab der Ministerrat seine Zustimmung zum Bau eines neuen Gebäudes für das „Lycée technique pour professions de santé“ (LTPS) sowie einer Sporthalle für das „Centre de logopédie“ in Strassen. Das LTPS-Gebäude soll u.a. ein Amphitheater, das auch als Mehrzweck-Saal genutzt werden kann, bekommen.

Zum zweiten Punkt betreffend Gesundheit gibt es heute auf einer Pressekonferenz Einzelheiten: Die Minister Lydia Mutsch (Gesundheit) und Marc Hansen (delegierter Hochschulminister) werden dann über die Entscheidungen bezüglich der Medizinischen Studien in Luxemburg informieren. Auch morgen wird ein Minister in einer Pressekonferenz mit Details aufwarten: Innenminister Dan Kersch wird dann den sog. Baulandvertrag näher erläutern. Dieser wird eingeführt im Rahmen einer Reform des Gesetzes von 2004 über „aménagement communal et le développement urbain“. Die weiteren Maßnahmen dieser Reform sollen bestehende Prozeduren verbessern und vereinfachen.

Änderungen am umstrittenen Gesetzesprojekt Nr. 7024 wurden ebenfalls angenommen. Im Wesentlichen geht es darum, dass Finanzdienstleister in Zukunft gewisse Tätigkeiten auslagern dürfen – entweder innerhalb einer Gruppe in ein anderes Land, oder komplettes Outsourcing in ein anderes Land. Damit verbunden wären ebenfalls Datentransfers. clc



Weitere Details zum Projekt Nr. 7024 lesen Sie auf www.tageblatt.lu

Am Nahen Osten scheiden sich die Geister

AUSSENPOLITIK Das Ende des politischen Konsens

Léon Marx

Es war nur eine kurze Passage in der Erklärung von Außenminister Jean Asselborn am Dienstag. In der gestrigen Debatte stand das Verhältnis von Israel und Palästina dann unvermittelt im Mittelpunkt. Dabei schälte sich heraus, dass der breite außenpolitische Konsens der großen Parteien in diesem Punkt wohl der Vergangenheit angehört.

Es begann mit der Kritik von Laurent Mosar (CSV) an der Haltung von Jean Asselborn gegenüber dem österreichischen Außenminister in der Flüchtlingspolitik. Asselborn hatte zementiert im Zusammenhang mit der Idee, die EU solle sich am australischen Modell orientieren, von rechtsnationalem Gedankengut gesprochen. Das war alles andere als diplomatisch, monierte Mosar. Divergierende politische Positionen unter Freunden (rot-schwarze Koalition in Österreich) diskutiere und kommentiere man nicht in den Medien, sondern im kleinen Kreis.

Mosar legte dann noch mit dem Churchill-Zitat nach, ein richtiger Diplomat sei „jemand, der zweimal nachdenkt, bevor er nichts sagt“. In seiner Analyse der Beziehungen zwischen Israel und Palästina habe er die Kritik

an den Palästinensern vermisst, meinte der CSV-Sprecher im weiteren Verlauf seiner Rede.

Eine erstaunlich lange Rede für jemanden, der sich auf Churchill-Zitate beruft, kommentierte Claude Adam („déi gréng“) den Auftritt. Und verteidigte den Außenminister gegen die Angriffe von rechts, denen sich auch Fernand Kartheiser (ADR) angeschlossen hatte. Auch Asselborn

selbst klinkte sich in die Debatte ein und warnte, es sei faktisch falsch, Kritik, die auf der Verteidigung einer Zwei-Staatenlösung basiere, als israelfeindlich auszulegen.

„Wie eine große Liebe“

Marc Baum („déi Lékn“) kritisierte, hinter den moralischen Appellen der luxemburgischen Regierung stecke knallharter Business. Der Türkei-Besuch von Wirtschaftsminister Etienne Schneider gerade in diesen Tagen sage eigentlich alles. Auch in Russland gebe es Honorarkonsule, die „genau das Gegenteil von dem machen, was in Luxemburg selbst politisch artikuliert wird“, schob er nach.

Quer durch alle Reden zog sich die Sorge vor dem wachsenden Rechtspopulismus. Claude Adam zeigte sich schockiert, dass auch Abgeordnete derlei Posts auf ihren Facebook-Seiten stehen lassen und sich dafür nicht verantwortlich fühlen. Dass die EU sich 60 Jahre nach ihrer Gründung in einem Populärstief befindet, sei auf unzureichende politische Bildung und auf fehlendes Wissen über die Wurzeln der EU zurückzuführen, meinen einige der Redner. Das sei wie mit einer großen Liebe, meinte Claude Adam: „Man lernt ihren Wert erst zu schätzen, wenn sie schwindet.“



Foto: Tageblatt-Archiv

Laurent Mosar kritisierte den Außenminister – anschließend wurde Laurent Mosar kritisiert